

Rede des Vorsitzenden des Philologenverbandes, Horst Audritz, zur Eröffnung des Niedersächsischen Philologentages 2013

Wir erleben stürmische Zeiten in der Schulpolitik.

Während wir uns hier zum Philologentag versammeln, brodelt und kocht es in Niedersachsens Schulen und vielerorts auch auf Niedersachsens Straßen. Noch niemals in der fast 70jährigen Geschichte Niedersachsens hat eine die Schulen betreffende Regierungsentscheidung eine solch breite Protestwelle entfacht wie der willkürliche und wortbrüchige Beschluss der rot-grünen Landesregierung, die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte weiter zu erhöhen: willkürlich ist diese Entscheidung, weil sie ohne Sachgrundlage die Gymnasien besonders belastet, wortbrüchig ist sie, weil sie verbindliche Arbeitszeitzusagen der früheren Kultusministerin Jürgens-Pieper ohne Skrupel vom Tisch gewischt hat.

Im August haben über 10.000 Lehrerinnen und Lehrer in Hannover eine erste Antwort darauf gegeben. Inzwischen ist daraus ein Aufstand geworden, ein Aufstand von unten, ein Aufstand keineswegs nur von Lehrern, sondern immer mehr auch von Schülern und Eltern. Er hat das ganze Land erfasst und wächst täglich weiter.

Frau Ministerin, sehr verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde mich im zweiten Teil meiner Rede diesem aktuellen Konflikt zuwenden, aber ich sage schon jetzt: Viele sehen es nicht als Zufall an, dass mit diesem Arbeitszeitbeschluss das Gymnasium besonders belastet wird. Wir fragen uns, ob dieser Beschluss nicht auch zu sehen ist als Teil einer Politik gegen das Gymnasium. Dies mündet in die Frage: Welche Zukunft hat die rot-grüne Regierung dem Gymnasium generell zgedacht?

Vor fast genau einem Jahr, auf dem letztjährigen Philologentag, fand in diesem Saal eine Podiumsdiskussion statt, bei der es acht Wochen vor der Landtagswahl um die Zukunft unseres Schulwesens ging. Die SPD stehe voll und ganz hinter dem Gymnasium, war auf dem damaligen Podium einer Ihrer Kernsätze, Frau Ministerin. Auf kritische Fragen hin, die SPD habe doch mindestens bisher ganz andere Absichten verfolgt, erklärten Sie, man habe aus der Vergangenheit gelernt. Und wie zur Bekräftigung versicherte der jetzige Ministerpräsident Weil im Wahlkampf wörtlich: „Die niedersächsischen Gymnasien haben von mir nun wirklich nichts zu befürchten.“

Das Dialogforum zur Schulzeitdauer an Gymnasien im Juni in Loccum gab sich mit seinem Motto „Gymnasium gemeinsam stärken“ besonders gymnasialfreundlich. Und selbst Frau Korter (Bündnis 90/Die Grünen) beteuerte auf unserer letztjährigen Podiumsveranstaltung: „Auch wir führen keinen Kampf gegen das Gymnasium.“

Das hat bei uns natürlich Erwartungen und Hoffnungen geweckt auf einen Kurswechsel bisheriger rot-grüner Schul- und Bildungspolitik mit einer Neubesinnung auf die Sicherung und Stärkung des Gymnasiums.

Nun sind Sie, Frau Ministerin, schon einige Zeit im Amt, und wir warten darauf,

- wie Sie diese Zusicherungen in Ihrem politischen Handeln zu realisieren beabsichtigen und
- wie Sie das Gymnasium stärken und damit unter Beweis stellen wollen, welche Bedeutung Sie nunmehr dem Gymnasium als eine der tragenden Säulen unseres Schulwesens tatsächlich in Ihrer Politik einräumen wollen.

Fragen wir daher ganz nüchtern: Wie wurde das Gymnasium in den letzten Monaten behandelt, und was kommt jetzt noch auf das Gymnasium zu? Und vor allem: Steuert die SPD als führende Kraft der rot-grünen Koalition wirklich einen Kurs, der nicht auf eine Privilegierung der Gesamtschule und auf die Zurückdrängung und letztlich auf Abschaffung aller anderen Schulformen und damit auch auf Beseitigung des Gymnasiums angelegt ist, sondern auf Koexistenz bei gleichen Entwicklungschancen für alle Schulformen?

Dabei gehen wir davon aus, dass gerade Sozialdemokraten um die Bedeutung von Bildung für den sozialen Aufstieg von Menschen wissen, wie das auch jüngst auf dem Bundesparteitag der SPD in Leipzig wieder einmal betont wurde; und wir gehen weiter davon aus, dass die Sozialdemokraten die Ergebnisse nationaler und internationaler Vergleichsuntersuchungen kennen und daher zu der Einsicht gelangt sein müssen, dass das Gymnasium seinen Bildungsauftrag besonders kompetent wahrnimmt, seine Schülerinnen und Schüler erfolgreich fördert und zu einem schulischen Abschluss führt, der beste Voraussetzung für weiterführende Ausbildungsgänge in Beruf und Studium ist.

Kurzum, meine Damen und Herren, bei sachlogischer Betrachtung meinen wir erwarten zu können, dass die SPD tatsächlich eine schulpolitische Kurskorrektur vornehmen wird, nicht nur wegen der erwiesenen hohen Leistungsfähigkeit des Gymnasiums, sondern auch weil das Gymnasium innerhalb unseres schulischen Bildungswesens eine hohe Zustimmung und große Anerkennung in unserer Gesellschaft findet und die Schulform ist, die in geradezu exemplarischer Weise „sozialen Aufstieg durch Bildung“ ermöglicht.

Doch, Frau Ministerin, wir haben trotz der schönen Zusicherungen erhebliche Zweifel,

- Zweifel, ob das, wofür wir als Philologenverband schulpolitisch stehen, auch von Ihnen und der derzeitigen Landesregierung wirklich gewollt ist,
- Zweifel, ob das Gymnasium in Ihren schul- und bildungspolitischen Überlegungen wirklich den Stellenwert hat, den Sie öffentlich vorgeben.

Ich möchte Sie daher offen und ohne diplomatische Umschweife fragen: Welche Zukunft geben Sie dem Gymnasium tatsächlich in Niedersachsen? Diese Frage stellt sich unausweichlich, wenn wir z. B. Ihre oben zitierten Äußerungen und die des Ministerpräsidenten an dem weiterhin gültigen „Grundsatzprogramm von 2006“ Ihrer Partei messen, in dem – ich kann es nicht anders sagen – ein Zerrbild des gegliederten Schulwesens entworfen wird, das in der Kernaussage gipfelt: „Das gegliederte Schulwesen kann keine Perspektive für unsere Jugend bieten. Daher gilt es, das gegliederte Schulwesen zu überwinden.“ Dazu wird, so als wolle man ggf. noch letzte Missverständnisse ausräumen, betont: „Unser Ziel ist die Gemeinsame Schule“, also die Gesamtschule für alle.

In der letzten Woche wurden diese Zielsetzungen erneut durch die einflussreiche „Arbeitsgemeinschaft für Bildung“ (AfB) in der SPD bekräftigt, die ausdrücklich und einstimmig, also mit den Stimmen Niedersachsens, erklärt: „Das grundlegende Ziel der AfB bleibt ... eine Schule für alle. Und ergänzend wurde hinzugefügt: „Bis sich unser Schulsystem entsprechend weiterentwickelt hat, sehen wir ein gleichwertiges 2-Wege-Modell als Zwischenschritt auf dem Weg zum Ziel.“

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies bedeutet doch nichts anderes, als dass das Gymnasium Schritt für Schritt und möglichst unmerklich, aber unbeirrt abgeschafft und durch die „Schule für alle“ ersetzt werden soll – deutlicher kann man dem Gymnasium seine Existenzberechtigung nicht absprechen, als das hier geschieht.

Frau Ministerin, sagen Sie uns: Ist das die friedliche Koexistenz der Schulformen, für die Sie stehen wollen? Was sollen wir von diesen Widersprüchen halten, wenn man uns einerseits versichert, die niedersächsischen Gymnasien hätten nichts zu befürchten, und auf der anderen Seite die Einheitsschule für alle als Ziel festschreibt und dem Gymnasium die Existenzberechtigung abspricht?

Und daher fragen wir, um uns zu vergewissern: Gibt die SPD als führende Kraft der rot-grünen Koalition in Niedersachsen dem Gymnasium in einer Schulstruktur des Zweisäulenmodells den gleichen bildungspolitischen Stellenwert – sowohl in personeller wie in materieller Hinsicht – wie der Gesamtschule als einer der Schulformen der zweiten Säule? Können Sie uns zusichern, dass Sie auf eine Privilegierung der Gesamtschule und damit auf die sukzessive Zurückdrängung und de facto letztlich auf die Abschaffung des Gymnasiums verzichten werden? Hier und heute warten wir auf Ihre **verbindliche** Antwort auf diese Fragen, die sich auch an Taten messen lassen muss.

Doch nicht nur der tatsächliche Stellenwert des Gymnasiums in der Schul- und Bildungspolitik der rot-grünen Landesregierung kümmert uns, auch andere Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung geben Anlass zu besorgten Fragen. Ich nenne nur beispielhaft

- die Abschaffung der Schulformempfehlung in der Grundschule,
- die Abschaffung von Zensuren,
- die Abschaffung des Sitzenbleibens,
- die Abschaffung der Überweisung an andere Schulformen,
- die Privilegierung der Gesamtschule beim Ausbau zu Ganztagschulen
- und nicht zuletzt: die Einführung der Stufenlehrausbildung und damit die Abschaffung des Gymnasiallehrers.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Diese hier in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Maßnahmen sind fast zu 100 Prozent identisch mit den im SPD-Bildungsprogramm von 2006 vorgesehenen Maßnahmen, die alle dem klar ausgesprochenen Ziel dienen sollen, das gegliederte Schulwesen von innen und außen zu demontieren und die Gesamtschule schrittweise als einzige Schulform einzuführen.

Glaut die SPD wirklich, mit einer derartigen Schul- und Bildungspolitik den jungen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande in ihrer Gesamtheit dienen und nutzen zu können? Ich sage in aller Deutlichkeit: Nivellierung und Leistungsabbau sind keine geeigneten Mittel, den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft erfolgreich und verantwortungsbewusst zu begegnen – dies schadet den Schülerinnen und Schülern, und dies schadet damit unserem Land.

Unsere kritischen Nachfragen erhalten weitere Nahrung durch die ersten Maßnahmen der rot-grünen Koalition in diesem Jahr.

Zunächst wurde bereits die Gründung von vier- und dreizügigen Gesamtschulen ermöglicht. Seine explosive Wirkung wird dieser Beschluss ab 2014 entfalten, wenn, wie angekündigt, durch Änderung des Schulgesetzes die Gesamtschule Regelschule wird, die alle anderen Schulformen ersetzen kann und es zwar ein Elternrecht auf Besuch einer Gesamtschule, aber kein Elternrecht zum Besuch eines Gymnasiums in angemessener Entfernung geben wird.

Damit hat der Schulträger die Möglichkeit, die Schullandschaft in seinem Bereich, wie es euphemistisch heißt, „neu zu ordnen“. Die wirklichen Folgen hat niemand anderes als Ihr Staatssekretär, Frau Ministerin, auf den Punkt gebracht, ich zitiere: „So wird es bald

möglicherweise an einigen Standorten nicht mehr drei, sondern nur noch ein Kreisgymnasium geben.“ Und so sage ich auch in diesem Zusammenhang erneut: Dies verträgt sich nicht mit den Beteuerungen, die Gymnasien hätten nichts zu befürchten. Das ist ein offenkundiger Widerspruch!

Lassen Sie mich in aller Deutlichkeit sagen: Wir bestehen unmissverständlich auf dem Anspruch des Gymnasiums, auch weiterhin gleichberechtigt und uneingeschränkt als tragende und unverzichtbare Säule eines differenzierten Schulwesens seinen spezifischen Bildungsauftrag wahrnehmen zu können, mit vergleichbaren Mittelzuwendungen und zu vergleichbaren Konditionen wie andere Schulen, mit vergleichbarer Personal- und Sachausstattung. Darauf haben unsere Schülerinnen und Schüler den gleichen Anspruch wie die Schülerinnen und Schüler anderer Schulen. Darauf bestehen wir, unbeirrt und ohne Kompromisse.

Die zweite wesentliche Maßnahme der Regierungskoalition war die blitzschnelle Wiedereinführung der neunjährigen Schulzeit bis zum Abitur an integrierten Gesamtschulen.

Hinsichtlich der Gymnasien versprochen Sie, Frau Ministerin, angesichts der Fülle der mit der Schulzeitverkürzung auch dort aufgetretenen Probleme einen breit angelegten, „ergebnisoffenen Dialog“. Der Philologenverband hat einen solchen Dialog nachdrücklich begrüßt. Dabei kann und darf nach unserer Auffassung auch nicht unberücksichtigt bleiben, dass die überwältigende Mehrheit der unmittelbar Betroffenen – Lehrer, Eltern und Schüler sowie deren Organisationen wie Philologenverband, GEW und der Verband der Elternräte an Gymnasien – aus vielen guten Gründen eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium fordert.

Nach dem Dialogforum in Loccum wurde eine Expertenkommission eingesetzt, die „ergebnisoffen“ die Problematik erörtern soll. Doch soll sie das wirklich, fragen wir uns inzwischen, wenn wir die Aussagen der bereits oben zitierten Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD beim Treffen der norddeutschen Länder in der letzten Woche betrachten. Dort heißt es: „G8 ist der Lernweg des Gymnasiums, G9 ist der Lernweg der Gemeinschaftsschule (bzw. Oberschule, Stadtteilschule, Gesamtschule).“ Und weiter heißt es: „Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD lehnt allgemein G9 oder wahlweise G8/G9 an Gymnasien ab.“

Immer deutlicher zeichnet sich damit ab, dass die niedersächsische SPD G8 beibehalten und stattdessen durch eine Senkung von Leistungsanforderungen Eltern und Schüler beschwichtigen will. Niemand anderes als Ministerpräsident Weil persönlich konterkarierte Mitte Oktober die Behauptung von der Ergebnisoffenheit in einer Rede vor Studienanfängern in Hannover, wo er zwar zugab, die Verkürzung der Schulzeit sei „ein Schuss ins Knie“ gewesen, dann aber weiter ausführte: Eine Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren sei unrealistisch. Das Kultusministerium erarbeite aber Alternativvorschläge mit mehr „Luft“ für alle Beteiligten, so das wörtliche Zitat.

Zu den Plänen, die Leistungsanforderungen zu senken, etwa durch die weitgehende Abschaffung schriftlicher Leistungsüberprüfungen, was der Ministerpräsident euphemistisch mit „mehr Luft schaffen für alle Beteiligten“ umschreibt, kann ich nur das Eine sagen: Unsere Schülerinnen und Schüler werden dafür später, spätestens im Studium, die Zeche bezahlen müssen. Dies ist ein gefährlicher, ein törichter, und ein unverantwortlicher Irrweg, auf den man junge Menschen schickt, und dies dürfen und werden wir nicht zulassen.

Meine Damen und Herren, angesichts der Tatsache, dass sich G 8 eindeutig negativ auf die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Gymnasien ausgewirkt hat, angesichts der Tatsache, dass die große Mehrheit der Eltern und Schüler für die Rückkehr zur neunjährigen Schulzeit eintritt, kann die sich jetzt abzeichnende Linie der rot-grünen Landesregierung nur als eine bewusste und gezielte Benachteiligung des Gymnasiums verstanden werden. Man will der IGS mit der dortigen neunjährigen Schulzeit einen Wettbewerbsvorteil verschaffen und die Leistungsfähigkeit der Gymnasien durch eine Senkung der Leistungsanforderungen

schwächen. Das passt nur zu gut in die von mir eingangs dargestellte Gesamtzielsetzung der strukturellen Bevorzugung der Gesamtschule.

Doch jeder, der die Dinge unvoreingenommen betrachtet, sieht, mit welcher zeitlichen Überforderung gerade und insbesondere auch die Mittelstufenschüler durch G8 belastet sind, wie sehr Schulleben und Arbeitsgemeinschaften, Hobbys und private Aktivitäten der Schüler in Musikschulen, Sportvereinen und bei der Feuerwehr zu kurz kommen oder nicht mehr möglich sind. Bildung braucht Zeit, und dies gilt auch und insbesondere für die Persönlichkeitsbildung. Unter der verkürzten Schulzeit leiden insbesondere auch die Schülerinnen und Schüler, die besonderer Unterstützung und Förderung bedürfen, um das Abitur zu erreichen.

Das können und wollen wir nicht hinnehmen. All diese Probleme, die ich hier nur angedeutet habe, lassen sich nicht durch ein Herumdoktern an G8 und durch Absenkung der notwendigen Leistungsanforderungen lösen, sondern nur durch eine Rückkehr zu G9. Dies fordern die Schüler, dies fordern die Eltern, dies fordern wir. Frau Ministerin, wir appellieren an Sie: Geben Sie dem Gymnasium im Interesse seiner Schülerinnen und Schüler umgehend G9 zurück!

Meine Damen und Herren, das Gymnasium ist eine Schulform, die allen Schülerinnen und Schülern offensteht, die seine Zielsetzungen mit entsprechender individueller Förderung erreichen können und wollen. Und es ist unstrittig eine allseits geschätzte, leistungsfähige Schulform. Sie zu benachteiligen, zurückzudrängen, ja, Schritt für Schritt ihres Profils zu berauben, das seine Leistungsstärke garantiert, ist nicht nur eine Missachtung des Elternwillens, es ist auch töricht im Sinne von Bildungsgerechtigkeit und kontraproduktiv für die Bildungsqualität.

Wir brauchen keine ideologischen Diktate in der Schulpolitik mit ihren längst widerlegten Vorstellungen. Wir brauchen auch keine neuen Schulkämpfe. Was wir brauchen, ist eine Politik des fairen Miteinanders, eine Politik, die die Leistungsfähigkeit unseres Schulwesens und damit die wirtschaftliche und soziale Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichert, eine Politik schulischer Vielfalt statt Einfalt mit einem starken Gymnasium.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der diesjährige Philologentag steht unter dem Leitspruch: „Arbeitszeiterhöhung: Nein! Wir brauchen Zeit für unsere Schüler.“

Dieser Leitspruch zielt einmal auf die Notwendigkeit, die Schulzeitdauer am Gymnasium bis zum Abitur wieder auf neun Jahre festzulegen, wie ich das schon dargelegt habe, dann aber wollen wir deutlich machen, dass wir im täglichen Umgang mit unseren Schülerinnen und Schüler mehr Zeit brauchen, mehr Zeit, um sie so zu fördern, wie es unserem Bildungsauftrag entspricht. Aber dazu braucht es eben Zeit, Zeit, die immer knapper wird, und die uns jetzt noch weiter beschnitten werden soll, so als wolle die regierende Politik verhindern, dass die Schulen ihren Bildungsauftrag ordentlich erfüllen.

Am 3. Juli hat das rot-grüne Landeskabinett bekanntlich im Rahmen von Festlegungen zum Haushalt 2014 und zu mittelfristigen Planungen eine Reihe von kostenträchtigen Vorhaben im Bildungsbereich beschlossen. Da man sich vorher offenbar keine Gedanken über die Finanzierung dieser Pläne gemacht hatte, verfiel man auf die Idee, die Bediensteten selbst in großem Umfang zur Finanzierung dieser Versprechungen heranzuziehen. Die Beschlüsse sind bekannt: Eine Unterrichtsstunde mehr pro Woche für Gymnasiallehrkräfte, ein „Aussetzen“ der seit langem per Verordnung festgeschriebenen Rücknahme der Kürzung der Altersermäßigung und eine Verzögerung der Besoldungsanpassung 2014 für Beamte, also insbesondere Lehrer, die einen Großteil der niedersächsischen Beamtschaft ausmachen, um fünf Monate. Insgesamt will man die Lehrerinnen und Lehrern auf diese Weise mit einem Sonderopfer von mindestens 160 Millionen Euro zur Kasse bitten.

Das ganze Vorhaben wurde schön verpackt als „Zukunftsoffensive Bildung“ mit Mehrausgaben bis 2017, die also zu einem großen Teil von den Lehrkräften selbst zu finanzieren sind.

Dass man das Geld dafür den Lehrern aus der Tasche ziehen will, suchte man mit der Camouflage eines unhaltbaren Vergleichs zwischen der reinen Pflichtstundenzahl der Gymnasiallehrer in den verschiedenen Bundesländern sowie der allfälligen Politikerphrase, man habe sich „die Entscheidung nicht leicht gemacht“, zu überdecken. Gar nicht weiter äußerte man sich zu dem mit der Arbeitszeiterhöhung verbundenen Bruch ausdrücklicher Zusagen der früheren SPD-Kultusministerin Jürgens-Pieper.

Die Ministerin hatte nämlich bei Einführung des 2000 begonnenen unentgeltlichen Mehrunterrichts von zusätzlich zwei Stunden pro Woche eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl bis zu deren Rückzahlung – am Gymnasium bis 2022/23 – ausgeschlossen. Ebenso hatte sie eine spätere Wiederherstellung der 2001 verschlechterten Altersermäßigung ab 2014 zugesagt, was langfristig in der derzeit gültigen Arbeitszeitverordnung festgeschrieben wurde.

Der jetzige Wortbruch der rot-grünen Landesregierung bedeutet nichts anderes, als dass de facto die jüngeren Lehrkräfte teilweise, die Kollegen über 55 sogar vollständig um die Rückzahlung ihrer zehnjährigen Mehrarbeit gebracht werden.

Frau Ministerin, ich unterrichte neben Deutsch auch das Fach Politik.

- Was soll ich meinen Schülern sagen, wenn sie mich nach der Glaubwürdigkeit von Politikern fragen?
- Was soll ich sagen, wenn sie fragen,
 - ob man sich auf feste Zusagen der Politik verlassen kann,
 - ob es einen Vertrauensschutz gibt?

Nach unseren jüngsten Erfahrungen müsste ich lügen, wenn ich auf diese Fragen eine positive Antwort geben würde.

Wenn die politisch Verantwortlichen geglaubt haben sollten, dass die neuen Mehrbelastungen und Sonderopfer insbesondere von den am meisten betroffenen Lehrern des Gymnasiums nach einigen lahmen Flügelschlägen des Protests letztlich hingenommen werden würden, dann hatten und haben sie sich gründlich getäuscht.

Viele Jahre lang haben wir immer neue arbeitsintensive Aufgaben übertragen bekommen:

- die Eigenverantwortliche Schule mit ihren ebenso vielfältigen wie umfangreichen Zusatzbelastungen für die normale Lehrkraft ebenso wie für Funktionsträger bis zum Schulleiter,
- die Streichung von vielerlei Anrechnungsstunden,
- die Einführung von G 8,
- die gerade anlaufende Inklusion,
- die Vergrößerung der Klassen 2004, die erst jetzt schrittweise und nur teilweise zurückgenommen wird, was man uns irreführend als „Verkleinerung der Klassenstärken“ verkauft,
- die bundesweiten Vergleichsarbeiten oder
- die Einführung von Lernentwicklungsberichten für jeden einzelnen Schüler und vieles andere mehr.

Gar nicht zu reden davon, dass Schule heute immer mehr zum Reparaturbetrieb für eine Vielzahl gesellschaftlicher und sozialer Probleme wird, mit allem, was sich an zusätzlicher Arbeit daraus ergibt.

Gleichzeitig sind unsere Realeinkommen in den letzten 10 Jahren deutlich gesunken: durch die komplette Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld ebenso wie durch mehrere

Nullrunden und durch die immer wiederkehrende Verzögerung von Besoldungsanpassungen.

Aus Erfahrung wissen wir, dass ein Tropfen das Fass zum Überlaufen bringen kann, wenn die Grenze des Tolerierbaren erreicht ist. Die wortbrüchigen Maßnahmen der rot-grünen Landesregierung haben diese Grenze bereits überschritten und die Stimmung in den Schulen zum Überkochen gebracht. Zusatzbelastungen und die geplante Arbeitszeiterhöhung werden von den Lehrkräften nicht länger widerstandlos hingenommen.

Die Lehrerinnen und Lehrer wollen nicht mehr, und sie können auch nicht mehr! Das ganze Gerede davon, die neuen Lasten seien ja „vertretbar und verkraftbar“, zeigt doch nur, dass diejenigen, die so reden, die Belastungen des heutigen Schulalltags offensichtlich nicht hinreichend kennen.

Die Gymnasiallehrer sollen jetzt mehr unterrichten als vor 100 Jahren, auch mehr als vor 40 Jahren und mehr als vor 20 Jahren – und das unter unvergleichlich schwierigeren Bedingungen. Das ist einmalig, nicht nur im Bereich des öffentlichen Dienstes.

Dabei kommt, zumindest in Niedersachsen, der SPD ein trauriger Ruhm zu: Sie ist die klassische Lehrerarbeitszeiterhöhungspartei! 1975 strich der damalige SDP-Kultusminister Mahrenholz die Verlagerungsstunden und die Altersermäßigung für Gymnasiallehrer drastisch zusammen. 1994 erhöhte der SPD-Kultusminister Wernstedt die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung, obwohl er im Wahlkampf noch das Gegenteil versprochen hatte und ab 2014 wollen Sie, Frau Ministerin, die Arbeitszeit weiter nach oben schrauben. Die SPD als arbeitnehmerfreundliche Partei? Wir Lehrerinnen und Lehrer können über diesen Anspruch nur den Kopf schütteln oder lachen, wenn es nicht so traurig wäre.

Und da wir gerade bei Arbeitnehmerfreundlichkeit sind: Wo bleibt das arbeitnehmerfreundliche Gewissen der SPD, wenn durch diese Maßnahmen mindestens 1000 Stellen an Gymnasien entbehrlich werden und damit eine entsprechende Zahl von tüchtigen Nachwuchspädagogen der Arbeitslosigkeit überantwortet werden?

Diese angehenden Lehrerinnen und Lehrer konnten darauf vertrauen, in ihrem Beruf zu arbeiten, sie werden auch gebraucht. Nun stehen sie praktisch vor dem Nichts. Und der Finanzminister hat dafür nur den zynischen Spruch parat: „Niemandem wird etwas genommen, außer der Hoffnung.“

Frau Ministerin, Sie wissen, dass die für niedersächsische Beamte, also auch für Lehrkräfte, gesetzlich festgesetzte Arbeitszeit die 40-Stunden-Woche ist. Wenn Sie und die Landesregierung nicht glauben wollen, dass dieses Arbeitszeitlimit – wohlgemerkt unter Einbeziehung der nicht durch den Urlaubsanspruch abgedeckten unterrichtsfreien Zeit – bei den Lehrern längst überschritten ist, machen Sie doch einfach die Probe! Erfüllen Sie endlich unsere Forderung nach einer empirisch-wissenschaftlichen Arbeitszeituntersuchung. Die ist möglich, mehrfach in den letzten 40 Jahren ist sie schon durchgeführt worden. Uns ist davor nicht bange. Sie haben die Gelegenheit, dem hier und heute grundsätzlich zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, angesichts der machtvollen Demonstration aller niedersächsischen Lehrerverbände gegen die Politik der Landesregierung, angesichts der anhaltenden, ja, sich bis heute weiter verstärkenden Proteste aus den Schulen versuchen Kultusministerium und unter Druck geratene Abgeordnete der Regierungsfractionen immer wieder, den neuen Lasten für die Lehrer ein Mäntelchen der Rechtfertigung umzuhängen, um damit die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen und den Lehrerprotest zu isolieren. Dabei schreckt mancher nicht einmal davor zurück, alte Vorurteile gegen die Lehrer zu mobilisieren.

Gern wird von den politisch Verantwortlichen gesagt: Was wollt Ihr eigentlich? Warum macht Ihr so ein Theater wegen einer Stunde mehr Arbeit (!) pro Woche? Und: Den

Gymnasiallehrern geht es doch von allen Lehrern am besten, denn sie haben pro Woche ja die geringste Pflichtstundenzahl.

Dazu sage ich: Es muss endlich Schluss sein mit der unanständigen Gleichsetzung von Unterrichtszeit und Arbeitszeit der Lehrer. Schließlich behauptet auch niemand, Ärzte würden nur arbeiten während der Sprechstunden, Pastoren nur, wenn sie predigen, Professoren nur, wenn sie Vorlesungen oder Seminare durchführen und Landtagsabgeordnete nur, wenn sie im Plenum sitzen.

Meine Damen und Herren, solche Aussagen werden doch ganz gezielt eingesetzt, um der Öffentlichkeit zu suggerieren: Die Lehrer am Gymnasium haben es am besten, sie müssen von allen Lehrern am wenigsten arbeiten, also ist es nur gerecht, da noch einiges draufzusatteln.

Immer wieder hört man vom Kultusministerium und rot-grünen Abgeordneten auch die Rechtfertigungsthese, die geplanten Verbesserungen der Landesregierung im Bildungsbereich seien doch eine feine Sache. Sie kämen ja auch dem Gymnasium zugute, und die Gymnasiallehrer würden an anderer Stelle entlastet, etwa durch mehr Lehrerfortbildung und durch kleinere Klassen.

Auch diese Behauptungen sind nur ein Beispiel dafür, wie verzweifelt der Arbeitsstab Öffentlichkeitsarbeit im Ministerium nach Begründungen für das Unbegründbare sucht. Von welchen dieser Maßnahmen soll denn das Gymnasium, wovon sollen seine Schüler denn konkret profitieren?

Die verstärkte Lehrerfortbildung findet überwiegend in der unterrichtsfreien Zeit statt und konzentriert sich auf die Inklusion. Beides schafft neue Belastungen statt zu entlasten. Die Senkung der Klassenobergrenzen von 32 auf 30 in den Klassen 5 bis 9 schließlich, die im Übrigen von der CDU-FDP-Vorgängerregierung beschlossen wurde, nimmt bis 2015 gerade einmal die 2004 erfolgte Erhöhung der Klassenstärken in der Mittelstufe wieder zurück – die Einführungsphase und die Qualifikationsphase verharren weiter auf den erhöhten Frequenzen.

Das ist nun wirklich kein Grund, über eine Entlastung der Lehrkräfte zu jubilieren. Nach wie vor sind im Übrigen die durchschnittlichen Klassenstärken in der Mittelstufe des Gymnasiums deutlich höher als an fast allen anderen Schulformen des Sekundarbereichs I.

An dieser Stelle möchte ich grundsätzlich noch einmal ganz klar unterstreichen: Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Kosten dafür sind von der gesamten Gesellschaft zu tragen, nicht durch Sonderopfer der dort beschäftigten Berufsgruppen. Auch bei der Deutschen Bahn wird nicht die Arbeitszeit der Bediensteten erhöht oder der Lohn gekürzt, wenn neue Züge angeschafft oder die Bahnhöfe saniert werden sollen.

Aus Arbeitszeituntersuchungen in der Vergangenheit wie aus Erfahrungswerten ergibt sich klar, dass eine Stunde mehr Unterricht am Gymnasium im Durchschnitt etwa zwei Zeitstunden mehr Arbeit bedeutet, teilweise noch mehr. Für Lehrkräfte über 55 bedeuten die Beschlüsse der Landesregierung sogar zwei Pflichtstunden pro Woche zusätzlich. In vielen Fällen heißt das: Eine weitere Klasse mit entsprechender Vorbereitungs- und Korrekturarbeit, Schüler- und Elterngesprächen, Teilnahme an zusätzlichen Konferenzen und anderes mehr. Da kommt ein Arbeitsvolumen von mehr als vier Stunden pro Woche locker zusammen, und das oben drauf auf den eben schon geschilderte Belastungszuwachs der letzten Jahre.

Das empört uns, weil es nicht sachgerecht und unehrlich ist. Denn alle bisherigen Untersuchungen der Lehrerarbeitszeit haben ergeben, dass Gymnasiallehrer trotz niedrigerer Pflichtstundenzahl die höchste Arbeitsbelastung aufweisen, weil eben der Korrekturaufwand für eine Oberstufenklausur oder gar eine Abiturarbeit um ein Vielfaches höher liegt als die eines Diktats oder kleinen Aufsatzes in der 2. oder 3. Klasse und weil es wesentlich

aufwendiger ist, die fachlich-didaktisch-methodische Bandbreite von acht Schuljahren mit den ganz unterschiedlichen Reifegraden ihrer Schüler abzudecken als die Bandbreite etwa von vier Schuljahren.

Ich möchte nicht missverstanden werden: Ich will in keiner Weise die Arbeitsbelastung anderer Lehrergruppen in Zweifel ziehen, die Pflichtstundenzahl deutscher Lehrkräfte liegt im internationalen Maßstab ohnehin generell sehr hoch. Aber wir setzen uns mit Entschiedenheit gegen solche unsachgerechten und unehrlichen Kampagnen zur Wehr.

Frau Ministerin, sorgen Sie für einen fairen Disput, treten Sie solchen Verfälschungen der Realität endlich öffentlich entgegen!

Ganz ratlos haben uns schließlich mehrfache Äußerungen aus dem rot-grünen Regierungslager gemacht, die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung sei gar keine Arbeitszeiterhöhung, sondern nur eine Arbeitszeitverschiebung. So ist etwa in der Antwort des Kultusministeriums auf eine Anfrage von FDP-Abgeordneten von einer (Zitat) „moderaten Verschiebung von dem außerunterrichtlichen Arbeitszeitanteil in die unterrichtliche Arbeitszeit“ die Rede. Und in der öffentlichen Sitzung des Kultusausschusses am 25. Oktober konnte ich als Anwesender aus Ihrem Munde, Frau Ministerin, die gleiche Botschaft vernehmen.

Wir sind gespannt, von Ihnen heute zu hören, was es mit dieser geheimnisvollen Verschiebung auf sich hat. Immerhin bedeutet dies eine Aufforderung, etwa zwei bis vier Zeitstunden wöchentlich bei den außerunterrichtlichen Verpflichtungen einzusparen. Ist das eine Aufforderung an die Gymnasien, selbst zu entscheiden, welche außerunterrichtlichen Anteile gestrichen werden sollen, um die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung auszugleichen? Soll dies ein Denkanstoß für jeden einzelnen Kollegen sein, diesen Ausgleich nach eigener Einschätzung vorzunehmen? Soll er Klassenarbeiten und Klausuren oberflächlicher korrigieren und Schülern und Eltern weniger für Gespräche zur Verfügung stehen? Oder soll er gar seinen Unterricht weniger sorgfältig vorbereiten und damit die Bildungsqualität verschlechtern? Oder ist dies auch als Aufforderung zu verstehen, alle nicht verbindlichen Aufgaben zu suspendieren, also Klassenfahrten, Teilnahme an Wettbewerben, Schulfeiern und so weiter. Dann liegen ja diejenigen Schulen genau richtig, die das als Antwort auf die provokatorische Arbeitszeiterhöhung schon beschlossen haben.

Lassen Sie mich bei diesem Stichwort ein paar Sätze zu diesen Aktionen sagen, die Ende September an der Elsa-Brandström-Schule in Hannover begonnen haben und jetzt dabei sind, sich über das ganze Land auszubreiten. Wer davon redet, dass Lehrer damit ihre Probleme auf dem Rücken der Schüler austragen, verwechselt Ursache und Wirkung. Es war die *Landesregierung*, die willkürlich die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrer erhöht hat, es war die *Landesregierung*, die verbindliche Zusagen der früheren SPD-Kultusministerin gebrochen hat – dass es ein Wortbruch ist, gibt jetzt auch die Spitze der SPD-Fraktion offen zu – es ist die *Landesregierung*, die die Lehrerinnen und Lehrer de facto um die vertraglich zugesicherte Rückzahlung ihres zehn Jahre lang unentgeltlich geleisteten Mehrunterrichts bringt.

Ich habe eingangs gesagt: Es ist in diesem Lande ein breiter, ständig wachsender Aufstand gegen die Arbeitszeiterhöhung von Rot-Grün im Gange. Täglich bekommt unsere Geschäftsstelle eine Flut von Schreiben und Mails, die – ich muss das so sagen – durchgängig eine explosive Stimmung in den Kollegien widerspiegeln. An vielen Schulen finden Personalversammlungen und Diskussionen mit Abgeordneten der Regierungsparteien statt, bei denen diese gewaltig unter Druck geraten. Die Personalräte der Gymnasien haben sich inzwischen fast landesweit vernetzt und werden auf einer großen Tagung am kommenden Freitag über weitere Aktionen beraten. In Internet kursiert eine Vielzahl von Resolutionen und Meinungsäußerungen, die ganz überwiegend die Position der Lehrkräfte unterstützen. Das gleiche gilt für die Vielzahl von Leserbriefen in den niedersächsischen Tageszeitungen. Schüler gehen ganz aus eigenem Antrieb auf die Straße – nicht, um sich von der Position der Lehrer zu distanzieren, wie die Landesregierung es erhofft hatte -

sondern in der Erkenntnis, dass immer neue Arbeitszeiterhöhungen die Qualität der Bildung verschlechtern und letztlich ihnen selbst schaden. Auch die Eltern unterstützen in ihrer Mehrzahl die Position und die Aktionen der Lehrkräfte.

Und was tun die Spitzenpolitiker der rot-grünen Landesregierung? Die Fraktionsvorsitzende der SPD, Frau Modder, hat kürzlich gesagt – so wörtlich – „Ich lehne jedes Überdenken des Arbeitszeitbeschlusses ab.“

Meine Damen und Herren, wer selbst ein *Nachdenken* über eine so umstrittene Entscheidung kategorisch verwirft, der offenbart damit eine Grundhaltung, die nichts mit dem demokratischen Prinzip der Kompromissfähigkeit zu tun hat. Der schafft vielmehr Unfrieden, der spaltet die Gesellschaft. Und wer die Abgeordneten von SPD und Grünen bei der demnächst im Landtag stattfindenden Abstimmung über die Arbeitszeiterhöhung dem Fraktionszwang unterwirft, zeigt doch nur, dass er von der grundgesetzlich garantierten Unabhängigkeit der Abgeordneten nichts hält, sondern diese nur als Abstimmungsmaschine gebrauchen will.

Frau Modder hat weiterhin gesagt, sie beuge sich nicht dem Druck der Straße. Sie sollte sich lieber fragen: Warum gehen so viele auf die Straße?

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen - Wie soll, wie muss es weitergehen? Eine Politik, die den Lehrern immer neue Lasten aufbürdet, eine Politik, die diese mit unseriösen Behauptungen zu rechtfertigen versucht, eine Politik, die verbindlich gegebene Zusagen nicht einhält, eine solche Politik hat keine Zukunft. Sie verschlechtert die Qualität unserer schulischen Arbeit, sie zerstört das notwendige Vertrauen zwischen Lehrkräften und politisch Verantwortlichen.

Wir warnen davor zu glauben, dass mit dem Durchpeitschen der Arbeitszeiterhöhung die Sache erledigt ist. Die Erbitterung ist so groß, dass wenig Prophetengabe dazugehört zu sagen: Die Auseinandersetzung wird dann erst richtig losgehen. Damit ist der Schulfrieden in großer Gefahr. Daran kann niemand ein Interesse haben.

Es ist deshalb ein Gebot der Vernunft und der politischen Klugheit, die früher gegebenen eindeutigen Zusagen einzuhalten und die Arbeitszeiterhöhung zurückzunehmen. Es gibt genug Beispiele dafür, dass die Politik Irrwege korrigiert hat. 2008, als es um die Rückerstattung der Arbeitszeitkonten ging, hat die damalige schwarz-gelbe Landesregierung, wenn auch erst nach vielen Gesprächen und Protesten, auch den Weg zurück zu einer sachgerechten und politisch klugen Lösung gefunden. Warum soll das heute nicht möglich sein?

Ich unterstreiche hier und heute noch einmal unsere Position: Arbeitszeiterhöhung: Nein! Wir brauchen Zeit für unsere Schüler. Es ist höchste Zeit, in diesem Sinne endlich zu handeln.